



Inmitten einer turbulenten Weltlage versammelten sich die Staats- und Regierungschefs in New York zur 79. Generalversammlung der Vereinten Nationen. Es wurde erwartet, dass die Konflikte im Nahen Osten, der Krieg in der Ukraine und der Sudan die Diskussionen dominieren würden – Herausforderungen, deren Lösungen noch in weiter Ferne liegen.

UN-Generalsekretär António Guterres schlug in seinen Eröffnungsworten einen düsteren Ton an: „Ein Pulverfass droht, die Welt zu verschlingen.“ US-Präsident Joe Biden, der zum letzten Mal vor der Generalversammlung sprach, warnte, dass die Welt an einem „Wendepunkt“ stehe.

Biden appellierte an die Verantwortung der Nationen: „Unsere Aufgabe, unser Test besteht darin, sicherzustellen, dass die Kräfte, die uns zusammenhalten, stärker sind als jene, die uns auseinanderreißen wollen.“ Er betonte, dass die heutigen Entscheidungen die Zukunft für Jahrzehnte prägen werden.

Der Nahe Osten: Ein Brennpunkt

Der frisch gewählte Präsident des Irans, Masoud Pezeshkian, stellte seine Vision für eine neue Ära in seiner Heimat vor. Im Zuge seiner Rede kritisierte er Israel scharf und warf dem Land „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ vor. Pezeshkian stellte Irans Unterstützung für verschiedene Milizengruppen als Unterstützung für Freiheitskämpfer dar, was bei westlichen Regierungen auf Skepsis stieß.

Die Reden vieler Staatschefs prangerten Israel für den andauernden Krieg im Gazastreifen an – ein Konflikt, der laut lokalen Gesundheitsbehörden bereits über 41.000 Todesopfer gefordert hat. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu, der heute in New York erwartet wird, wird morgen seine Rede halten. Im Fokus steht dabei auch der zunehmende Konflikt mit der vom Iran unterstützten Hisbollah im Libanon, der sich drastisch zuspitzt.

Ukraine: Eine immer noch brennende Wunde

Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen fand eine kurzfristig einberufene Sitzung zur Lage in der Ukraine statt. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj appellierte eindringlich an die Mitglieder, die Verteidigung seines Landes weiterhin zu unterstützen. „Russland kann nur zum Frieden gezwungen werden“, sagte Selenskyj.

Er warnte auch vor geplanten russischen Angriffen auf die drei Atomkraftwerke der Ukraine – Informationen, die er jedoch nicht weiter detaillierte. Interessant ist, dass Selenskyj



ankündigte, einen neuen Plan für den Sieg ausgearbeitet zu haben, der auf den Prinzipien der UN-Charta beruhe. Die Details dazu ließ er offen, deutete aber an, dass eine Friedenskonferenz in Arbeit sei.

Flucht aus Südlibanon: Angst und Verzweiflung

Während Israel den Süden des Libanons weiterhin intensiv bombardiert, versuchen Tausende Menschen, den betroffenen Regionen zu entkommen. Besonders die dicht besiedelten Gebiete südlich von Beirut gerieten in den letzten Tagen verstärkt ins Visier der israelischen Angriffe. Sechs Menschen kamen ums Leben, 15 weitere wurden verletzt, so das libanesische Gesundheitsministerium.

Die Panik unter der Zivilbevölkerung wächst, nachdem die israelischen Angriffe an Intensität zugenommen haben. Bereits 27.000 Menschen wurden in temporären Unterkünften untergebracht, wie die Vereinten Nationen und libanesische Beamte am Dienstag mitteilten.

Ein besonders dramatischer Moment: Die israelische Armee bestätigte, dass Ibrahim Mohammed Qobeisi, ein hochrangiges Mitglied der Hisbollah, bei einem Angriff getötet wurde. Qobeisi, so behauptete Israel, war verantwortlich für das Raketenarsenal der Gruppe – ein Schlag gegen die Hisbollah, die seinen Tod zwar bestätigte, aber keine näheren Angaben zu seiner genauen Rolle machte.

USA: Spaltung oder Stabilität?

Während die politischen Fronten in den USA weiterhin verhärtet sind, ringen viele Wähler mit der Entscheidung, ob sie Kamala Harris unterstützen sollen. Interessanterweise hat sich eine Gruppe von Wählern, die Donald Trump bereits abgeschrieben hat, noch nicht festgelegt, ob sie bei den kommenden Wahlen Harris wählen oder jemand anderen unterstützen will.

In der Vergangenheit spielten zentristisch-rechte Wähler, die sich von der republikanischen Partei distanzieren, eine Schlüsselrolle bei den Erfolgen der Demokraten – sowohl 2020, als Biden zum Präsidenten gewählt wurde, als auch in den Zwischenwahlen von 2022. Viele dieser Wähler äußerten jedoch Bedenken, wie Harris als Präsidentin agieren würde, falls Biden aus dem Rennen aussteigt.

Diese Unsicherheit wird noch verstärkt durch einen kürzlichen Vorfall, bei dem die Pop-Ikone Janet Jackson Harris' ethnische Zugehörigkeit infrage stellte – ein Vorwurf, der als grundlos abgetan wurde. Harris plant in den kommenden Wochen, ihre wirtschaftspolitischen



Vorschläge zu intensivieren, um das Vertrauen dieser unentschlossenen Wähler zu gewinnen.

Weitere wichtige Schlagzeilen

- **Sri Lanka:** Anura Kumara Disanayake, der linksgerichtete Politiker, hat mit seinem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen die politische Landschaft des Landes nachhaltig verändert.
- **Westafrika:** Russland unterzeichnete Satellitenabkommen mit den Militärjuntas von Mali, Niger und Burkina Faso – ein Zeichen dafür, dass Moskau seine Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent weiter ausbaut.
- **Russland:** Ein 60 Meter breiter Krater an einem Raketenstartplatz ließ darauf schließen, dass der Test einer neuartigen russischen Atomrakete gescheitert ist.
- **Kryptowährungen:** Caroline Ellison, ehemalige Top-Beraterin von Sam Bankman-Fried und Star-Zeugin im FTX-Prozess, wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.
- **US-Wirtschaft:** Dockarbeiter an den Ost- und Golfküsten der USA könnten in den Streik treten – ein Schritt, der das Land etwa 6 Prozent seines täglichen Bruttoinlandsprodukts kosten könnte.
- **Visa:** Das Unternehmen sieht sich einer kartellrechtlichen Klage der US-Regierung gegenüber. Die Anklage wirft Visa vor, Rivalen im Zahlungsverkehr systematisch ausgeschlossen zu haben.
- **Singapur:** S. Iswaran, der erste Minister Singapurs, der seit fast 50 Jahren wegen Korruption angeklagt wurde, bekannte sich in einigen Anklagepunkten schuldig.
- **Technologie:** Mark Zuckerberg hat seine politischen Ambitionen aufgegeben. Auch sein Unternehmen Meta distanziert sich von politischen Angelegenheiten.

Das Treffen der Staats- und Regierungschefs in New York spiegelt die Spannungen unserer Zeit wider – von geopolitischen Konflikten über wirtschaftliche Unsicherheiten bis hin zu sozialen Herausforderungen. Werden die Mächtigen dieser Welt eine gemeinsame Vision für den Frieden finden?